

Oskar Weggel

Jiang Zemin auf Besuch in Deutschland

1 Unaufgeregter Besuchsverlauf

Jiang Zemin, der in der VR China gleich drei Spitzenämter, nämlich die des KP-Generalsekretärs, des obersten Militärbefehlshabers und des Staatspräsidenten innehat, besuchte vom 11. bis 15. Juli die Bundesrepublik Deutschland, und zwar im Zusammenhang mit einer Europareise, die ihn auch noch nach Finnland und Ungarn führte. Es war dies der erste Besuch eines chinesischen Staatspräsidenten in Deutschland - und übrigens auch in Finnland und Ungarn.

Ziemlich genau ein Jahr vorher, nämlich vom 3. bis 9. Juli 1984, hatte Ministerpräsident Li Peng Deutschland besucht und dabei ein Spießrutenlaufen vor allem bei der Bevölkerung durchmachen müssen, die Li zu einer Art Hauptschuldigen beim Tiananmen-Massaker von 1989 erklärte.¹ Hatten die Nerven damals blank gelegen, so kam es diesmal, beim Besuch von Jiang Zemin, zu den artigsten gegenseitigen Verbeugungen - sowohl die deutsche als auch die chinesische Seite hatten also aus dem Li Peng-Besuch ihre Lehren gezogen. Außerdem hatte sich die deutsche Öffentlichkeit mit der Einsicht abgefunden, daß Jiang Zemin im Juni 1989 als damaliger Bürgermeister von Shanghai ähnliche Vorgänge wie in Beijing hatte vermeiden helfen: Ganz im Gegensatz zu Beijing war in Shanghai kein Schuß gefallen, von einem Massaker an Studenten und Arbeitern ganz zu schweigen.

Wenig aufgeklärt über diesen Sachverhalt hatten die Grünen-Sprecher Krista Sager und Jürgen Trittin Jiang allerdings als "Chinas Stalin" bezeichnet. Es sei skandalös, daß man ihm erlaube, Deutschland überhaupt zu betreten. Die Einladung sei eine "Kriegserklärung" Deutschlands an die demokratische Bewegung in China.² Das offizielle Bonn zeigte mehr Einsicht und sorgte für einen reibungslosen Ablauf des Programms.

Mit größeren Protesten wurde Jiang kaum konfrontiert, sieht man einmal von einigen Plakaten in Stuttgart vor dem Theater ab, wo Jiang Zemin eine Aufführung des Balletts "Romeo und Julia" besuchte. Vollends friedlich ging es in München zu, wo die Proteste von Exil-Tibetern und von Vertretern des ai auf kleine Gruppen beschränkt blieben. Bezeichnenderweise wurde parallel zu den Gesprächen in der Münchener Residenz auf dem Marienplatz für Biomüll und Feminismus geworben.

Zufall oder nicht: Am 13. Juli - also genau parallel zum Besuch Jangs - stellte die Staatsanwaltschaft in Erfurt die Ermittlungen gegen zwei Thüringer Politiker von der Jun-

gen Union und von Bündnis 90/Die Grünen ein, die seinerzeit Li Peng als "Mörder" beschimpft hatten. Dieser Ausdruck sei durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt gewesen, meinte das Gericht.³ Die Polizei hatte gegen die beiden Politiker Ermittlungen wegen des Verdachts auf Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten eingeleitet.

Auch die Interessen waren diesmal klar verteilt: Die deutsche Seite wollte - wie immer - für gute Geschäftsbeziehungen sorgen, während China dem "Musterpartner" Deutschland gerade zu einem Zeitpunkt besonders entgegenkommen wollte, als die Beziehungen zwischen der VRCh und den USA wieder einmal äußerst gespannt waren.⁴

2 Der Charakter der Visite

2.1 Eine Geschäftsreise...

Jiang besuchte die Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern, wobei sich die Visite streckenweise wie eine Einkaufsreise ausnahm. Hauptgesprächspartner waren denn auch Firmen wie Daimler-Benz, Bosch, Porsche, Siemens, die Mannesmann-Tochter Rexroth und die Nöll-Wassertechnik (Würzburg).

Unterzeichnet wurden eine Reihe von Wirtschaftsverträgen, die sich auf rd. 4 Mrd. DM summieren (nähere Einzelheiten im Wirtschaftsteil).

Einverständnis zwischen beiden Seiten bestand darin, daß der Energie- und Verkehrsbereich im deutsch-chinesischen Verhältnis auch künftig eine Schlüsselrolle spielen sollte.

Siemens erstellt beispielsweise zusammen mit der Steinmüller AG. aus Gummersbach in Shanghai ein Kohleheizkraftwerk mit einer Leistung von 250 MW. Die Nöll-Wassertechnik soll in der Provinz Guizhou Wasserkraftwerke einrichten.

Daimler-Benz möchte in China ein Automobilwerk für die Produktion von Mehrzweckfahrzeugen (mit einer Investitionssumme von über 1 Mrd. US\$) und Bosch ein Gemeinschaftsunternehmen für die Herstellung elektronisch gesteuerter Benzineinspritzpumpen errichten. Porsche soll im nordöstlichen Changchun ein Entwicklungszentrum eröffnen und auch BMW will in Zukunft seinen Pkw-Absatz in China steigern.

Mercedes Benz hatte bei dem Automobilvorhaben den amerikanischen Chrysler-Konzern ausgestochen - für die Firma ein "überzeugender Vertrauensbeweis unseres chinesischen Partners in die Fähigkeiten von Mercedes Benz".⁵

Am liebsten hätten die deutschen Gesprächspartner den Gast auch gleich noch für die Unterzeichnung eines ICE-Auftrags gewonnen. Zumindest luden sie ihn zu einer Testfahrt mit dem Hochgeschwindigkeitszug von Ludwigsburg nach Rolandseck bei Bonn ein. Jiang zeigte sich interessiert und hielt sich in der Tat statt der ursprünglich geplanten fünf Minuten eine halbe Stunde lang im Triebkopf des Zuges auf.

Allzu gut scheinen die Chancen für den ICE in China allerdings nicht zu stehen, da Teilabschnitte des wichtigsten Streckenabschnitts zwischen Beijing und Shanghai bereits

an japanische Firmen vergeben worden sind. Noch gibt es allerdings ein Stück Hoffnung.

Auch an der zweiten Ausbaustufe der Shanghaier U-Bahn möchte die deutsche Industrie beteiligt sein, nachdem sie bereits den ersten Abschnitt bis März 1995 ausgebaut hatte.

Schließlich unterzeichnete Jiang Zemin zum Abschluß seines Besuches in München noch ein Abkommen mit dem Autokonzern Audi über ein Gemeinschaftsprojekt in Höhe von 700 Mio.DM.

Die deutsch-chinesischen Außenhandelsbeziehungen lassen zwei Entwicklungen deutlich werden: Sie steigen ständig an, außerdem schreibt die deutsche Seite ständig rote Zahlen. So beliefen sich beispielsweise die deutschen Importe aus China zwischen 1991 und 1994 auf 8,2 / 8,4 / 9,9 und 10,7 Mrd.DM, die deutschen Exporte nach China im selben Zeitraum dagegen 2,9 / 4,1 / 6,9 und 7,1 Mrd. DM.

2.2 ... und am Rande auch noch eine Politreise

2.2.1 Erklärungen

"Ganz nebenbei" besuchte Jiang auch noch Bonn, allerdings erst am dritten Tag seiner Visite, nachdem er bereits in Baden-Württemberg gewesen war. Beim Bundeskanzler kam es zu einem Informationsaustausch sowie - wie es im Bulletin der Bundesregierung vom 21.7.1995 offiziell heißt - zu einem "eingehenden Meinungsaustausch über Fragen der Menschenrechte". Dabei habe der Bundeskanzler betont, "daß es der Bundesregierung um ein offenes Gespräch gehe, das von dem gemeinsamen Bekenntnis zu den universellen Menschenrechtsprinzipien getragen sei. Es sei aber auch zu respektieren, daß es angesichts eines unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes und verschiedener kultureller Traditionen noch Differenzen bei der Ausgestaltung und beim Verständnis der Menschenrechte gebe" - eine Erklärung, für die Kohl nicht nur von seiten der Menschenrechtsorganisation amnesty international, sondern auch von deutschen Presseorganen gescholten wurde. Das "Verständnis" des Kanzlers wurde von der *Süddeutschen Zeitung*⁶ als ein "Verrat an Asien" bezeichnet. Jiang konnte mit der Bonner Kompromißformel durchaus leben und wies im übrigen auch selbst mehrere Male darauf hin, daß es in China vor allem darauf ankomme, "1,2 Milliarden Menschen zu ernähren und zu begleiten", also für das "Überleben und für die Entwicklung zu sorgen".⁷ Individuelle Grundrechte gelten in China gegenüber den sozialen Grundrechten als res posteriores.

Das Gespräch beim Bundeskanzler kam auch auf das Verhältnis der VR China zu Taiwan und zu Tibet. Hierbei bekräftigte Kohl den Grundsatz der Ein-China-Politik, den die Bundesrepublik seit jeher vertreten habe.

Auch beim Empfang durch Bundespräsident Herzog am Abend des 3. Juli im Schloß Augustusburg blieben die Formulierungen zurückhaltend. Herzog wies auf die 700 Jahre alten Beziehungen zwischen Europa und China ("... seit Marco Polo 1295 ...") hin und wandte sich gegen die neuerliche Mode, den "Kampf der Zivilisationen" als den nächsten großen Konflikt nach dem Ende des Kalten Kriegs zu beschwören.⁸ Die Menschenrechtsfragen sprach er mit folgenden Worten an: "Wir wissen auch, daß sich unsere Vorstellungen in einer für Sie und uns zentralen Frage noch deutlich unterscheiden. Ich spreche von dem

Verhältnis zwischen dem Individuum auf der einen und der Gesellschaft und dem Staat auf der anderen Seite. Hier ist - das wird niemand bestreiten - Raum für ernsthafte Gespräche: Wie weit geht das Recht des einzelnen gegenüber der Gesellschaft, das der Gesellschaft gegenüber dem einzelnen? Welche Mittel gestehen wir beiden Seiten zu, diese Rechte durchzusetzen und zu verteidigen? Wie sind diese Rechte verbürgt? Der Dialog über diese Fragen ist in Gang gekommen. Er kann, wie gesagt, auf beiden Seiten an bewährte Traditionen anknüpfen. Unser gemeinsames Ziel ist ein vom gesellschaftlichen Konsens getragenes Miteinander der Individualrechte und der Rechte der Gesellschaft. Die Gewichtung der beiden wird nicht in allen Ländern der Welt gleich sein können. Doch darf sie weder Leid für den einzelnen noch Gefahr für die Stabilität der Gesellschaft bringen. Unsere deutsche Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte hat uns jedenfalls gezeigt: Gesellschaftliche Stabilität ist am besten gewährleistet, wenn die Teilnahme eines jeden einzelnen Bürgers an den staatlichen Entscheidungen sowie seine persönlichen Freiheiten gesetzlich geregelt und tatsächlich durchsetzbar sind."

Im übrigen fügte Herzog noch hinzu, daß es "zwischen unseren beiden Ländern keine bilateralen politischen Probleme, wohl aber einen lebhaften politischen Dialog gibt".

Außenminister Kinkel betonte, daß Deutschland die "Wiedervereinigung Chinas" unterstütze, genauso wie umgekehrt China sich hinter die deutsche Wiedervereinigung gestellt habe.⁹ Tibet sei ein "unabtrennbarer Teil des chinesischen Territoriums".

Jiang wies mehrere Male darauf hin, daß China die BR Deutschland als "einen seiner wichtigsten Kooperationspartner in Europa" betrachte. Die beiderseitige Zusammenarbeit sei nicht nur im fundamentalen bilateralen Interesse, sondern trage auch zum Weltfrieden und zur internationalen Stabilität bei. Die deutsch-chinesischen Beziehungen hätten also "strategischen Charakter".¹⁰

2.2.2 Abkommen

Nebenbei wurde in Bonn wurde eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, nämlich (1) über die Errichtung beiderseitiger Generalkonsulate in Guangzhou und in München. Dadurch sollen die bereits bestehenden Generalkonsulate in Shanghai und in Hamburg ergänzt werden. Unterzeichnet wurde ferner (2) ein Abkommen über Zusammenarbeit im finanziellen Bereich, demzufolge Deutschland der VR China 1995 einen Kredit von 180 Mio.DM gewährt. Außerdem soll die Dresdner Bank der Bank of China einen Käuferkredit in Höhe von 1 Mrd.DM einräumen.¹¹

3 Grundsatzbekundungen

Bei einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und des Asien-Pazifik Ausschusses der Deutschen Wirtschaft hielt Jiang am 13. Juli eine fast einstündige Grundsatzrede, in der er Chinas gegenwärtige Politik der "Reform und Öffnung nach außen" vorstellte, um "dazu beizutragen, das Verständnis der Deutschen für China zu vertiefen".¹² Diese Politik sei so erfolgreich gewesen, daß inzwischen auch das Ausland zu ihr Vertrauen gefaßt und im Zeitraum zwischen 1979 bis 1994 eine Gesamtsumme von 95,6 Mrd.US\$ in China investiert habe. Man habe das "System der hochzentralisierten Planwirtschaft" durch ein "System der sozialistischen Marktwirtschaft" ersetzt, in dessen Rahmenwerk der Staat nur noch die makroökonomische Steuerung betreibe. Warum

die Marktwirtschaft "sozialistisch" genannt werde? Nach Auffassung der Reformer besteht "das Wesen des Sozialismus darin, die Produktivität zu befreien und zu entwickeln, die Ausbeutung und Polarisierung zwischen arm und reich zu beseitigen und dadurch am Ende den gemeinsamen Wohlstand zu erreichen". Als wollte er die Grundaussage dieser These geradezu ins Gegenteil verkehren, fügte Jiang sogleich hinzu, daß der Wohlstand nicht gleichmäßig geschaffen werden könne, sondern nur punktuell - letztlich also doch über neue Gefällestufen! Wörtlich: "Armut ist kein Sozialismus, der gleichzeitige Wohlstand für alle ist jedoch auch nicht realistisch. Daher ermutigen wir einen Teil der Regionen und der Menschen, zuerst zu Wohlstand zu gelangen, damit die anderen Landesteile und die Gesamtbevölkerung dadurch angespornt werden und am Ende zum gemeinsamen Wohlstand kommen." Die chinesische Führung geht hier von der alten - und noch lange nicht bestätigten - These der westlichen Entwicklungspolitik aus, daß Reichtum am Ende alle Male nach unten durchsickert und dann der Gesamtheit zugute kommt!

China bemühe sich nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um politische Reformen, wobei "von den Verhältnissen unseres Landes auszugehen" sei. Es müsse also eine "Demokratie chinesischen Charakters" ins Auge gefaßt werden. Sie finde ihren Ausdruck vor allem im System des Volkskongresses und im System der Mehrparteien-Zusammenarbeit wie der politischen Konsultation unter Führung der KPCh. Gleichzeitig werde eine strenge Trennung zwischen Regierung und Staatsunternehmen durchgeführt und ein modernes Rechtssystem aufgebaut. Aufgabe des Staates sei es ferner, den "Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" zu gewährleisten. Jiang erläuterte diesen Begriff zwar nicht näher, doch hat die VRCh-Praxis inzwischen gezeigt, daß die Führung hier weitgehend wieder auf konfuzianische Moraltraditionen zurückgreift, die formell mit einigen marxistischen Versatzstücken garniert werden.

In seinen weiteren Ausführungen ging Jiang dann auf das Verhältnis zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität ein und betonte, daß die Entwicklung das Ziel, die Reform den Antrieb und die Stabilität den äußeren Rahmen abgebe. Ohne Stabilität würde nichts laufen im Reich der Mitte: daher Stabilität, Stabilität und nochmals Stabilität! Der Lohn dieser Politik sei inzwischen für jedermann sichtbar: Zwischen 1979, dem Jahr als die Reformen zu laufen begannen, und Ende 1994 belief sich der durchschnittliche Jahreszuwachs des BIP Chinas auf 9,44%. Das Außenhandelsvolumen sei im selben Zeitraum von 24 Mrd. US\$ auf 237 Mrd. angestiegen und die Devisenreserven lägen z.Z. bei 60 Mrd. US\$.

Leider gebe es aber "immer noch einige hervorragende Probleme, vor allem die zu hohe Preissteigerung der Konsumgüter, das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Entwicklung und die Schwierigkeiten mit den staatseigenen Betrieben. Außerdem wird das Gefälle zwischen den Küstenregionen einerseits und Zentral- sowie Westchina andererseits bei der wirtschaftlichen Entwicklung immer größer: Es herrscht eine ungerechte soziale Verteilung und darüber hinaus auch noch Korruption." Diesen Problemen müsse in nächster Zukunft das Hauptaugenmerk gelten, vor allem dem Kampf gegen die Inflation und der Verringerung des Gefälles zwischen den entwickelten und den zurückgebliebenen Regionen.

Alles in allem sei bei der Beurteilung der chinesischen Erfolge weder blinder Optimismus und Überschätzung

noch Pessimismus und Unterschätzung angebracht. China wolle einen Weg der Mitte gehen und dabei jener Drei-Phasen-Politik Deng Xiaopings folgen, die zwischen 1980 und 1990 eine Verdoppelung des BIP, zwischen 1990 und 2000 eine abermalige Verdoppelung und bis zum Jahre 2049 die Entwicklung Chinas zu einem "wohlhabenden, demokratischen und modernen Staat mit hoher Zivilisation" vorsehe.

In seiner Außenpolitik wolle sich China an den Prinzipien "Frieden und Entwicklung" orientieren. Leider sei es auch nach dem Ende des Kalten Kriegs weltweit zu zahlreichen ethnischen, wirtschaftlichen und territorialen Konflikten gekommen. Lösungen seien hier nicht durch militärische, sondern immer nur durch politische Mittel erreichbar, vor allem durch ständige Konsultationen und Verhandlungen.

Nach dem Ende des Bilateralismus sei die Welt multipolar geworden. "Frieden und Entwicklung" ließen sich langfristig vor allem durch die "Prinzipien der friedlichen Koexistenz" sichern. China wolle sich an diesen Bemühungen beteiligen und lehne es gleichzeitig ab, mit irgendeinem Staat oder Staatenblock Bündnisse einzugehen, sich einem militärischen Block anzuschließen, nach Hegemonie zu trachten oder nach außen zu expandieren. "Die gegenseitige Achtung, suche nach Gemeinsamkeiten unter Zurückstellung der Differenzen, Gleichberechtigung und gegenseitige Nutzung sollen die Prinzipien und Grundlagen für die Anleitung unserer Beziehungen sein." Auf dieser Basis wolle China gern den Dialog mit den europäischen Ländern und vor allem mit Deutschland führen - den Blick stets auf das 21. Jahrhundert gerichtet. Die Formel von der Langfristigkeit und vom 21. Jahrhundert ist vor einigen Jahren übrigens auch schon im Verhältnis zwischen China und Japan vorgeschlagen worden; ihr Gebrauch gehört dort seither zum Ritual.

4 "Tiefe und beglückende Eindrücke"

Am Schluß der Dreiländerreise, die mit dem Deutschlandbesuch zu Ende ging, bezeichnete Jiang seine Tour als "vollkommenen Erfolg".¹³ Vor allem habe er dazu beitragen können, die Grundlage für "neue Beziehungen zu schaffen, die bis ins 21. Jahrhundert hinein dauern". Offensichtlich atmete Jiang auf, nachdem sein Besuch - im Gegensatz zu demjenigen Li Pengs - so glatt verlaufen war. Er sprach denn auch erleichtert von "tiefen und beglückenden Eindrücken", die er aus Deutschland mitnehmen könne.¹⁴

Rückblickend wurde darauf hingewiesen, daß Jiang mit den drei Besuchsländern fünf bilaterale Abkommen über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit, weitere 19 Kooperationsabkommen und außerdem noch 12 Abkommen mit deutschen Firmen im Werte von 3,1 Mrd. US\$ unterzeichnet habe.

Anmerkungen:

- 1) Dazu näheres in C.a., Juli 1984, S. 684-686.
- 2) DPD in SWB, 13.7.95.
- 3) Dazu SZ, 13.7.95.
- 4) Näheres dazu C.a., Juni 1995, Ü 2.
- 5) Zit. nach SZ, 13.7.95.
- 6) SZ, 15./16.7.95.
- 7) XNA, 16.7.95.
- 8) *Bulletin der Bundesregierung* vom 21.7.95.
- 9) XNA, 15.7.95.
- 10) XNA, 14.7.95.
- 11) XNA, 14.7.95.
- 12) XNA, 13.7.95.
- 13) XNA, 15.7.95.
- 14) XNA, 16.7.95.